

**Nachhaltigkeitsstrategien**

Lorbeeren für die Verwaltung – Pensionskassen ernten Kritik

Wichtige Schweizer Dienstleister verbesserten 2021 ihre Energiebilanz. Bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens müssen aber alle Akteure mitmachen: Greenpeace kritisiert Pensionskassen – ihre Investitionen sind schädlich.

Alexa Clemenz Berger und Michael Bolzli

Fünfzehn wichtige Schweizer Anbieter von öffentlich relevanten Dienstleistungen ernten Lob. Sie haben im Rahmen der Bundesinitiative «Vorbild Energie und Klima» 2021 ihre Energieeffizienz verbessert und den Anteil an erneuerbarer Energie ausgebaut. Beteiligt waren unter anderem Post, SBB, SRG, die zivile Bundesverwaltung und das VBS. Neu wollen auch die grössten Pensionskassen des Landes und weitere Sozialversicherungen mitmachen. Doch das Lob für die einen, ändert nichts an der Kritik der anderen. Die 2. Säule tut zu wenig zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Der Pensionskassenverband Asip hält dagegen.

Initiative kommt ins Rollen

Die Initiative findet immer mehr Anhänger: Im September wird als erster Kanton Genf der Initiative beitreten. Zudem wollen die Pensionskasse des Bundes Publica, die Unfallversicherung Suva und die Pensionskasse SBB im Rahmen der Initiative ihre Finanzflüsse klimafreundlicher gestalten. Die Initiative ist eine Massnahme des Bundes im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050. Die Unternehmen sollen damit einen Beitrag zur Umsetzung des Pariser

Klimaabkommens von 2015 leisten. Das Abkommen hat zum Ziel, die weltweite Klimaerwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit deutlich unter 2 Grad Celsius zu senken und den maximalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

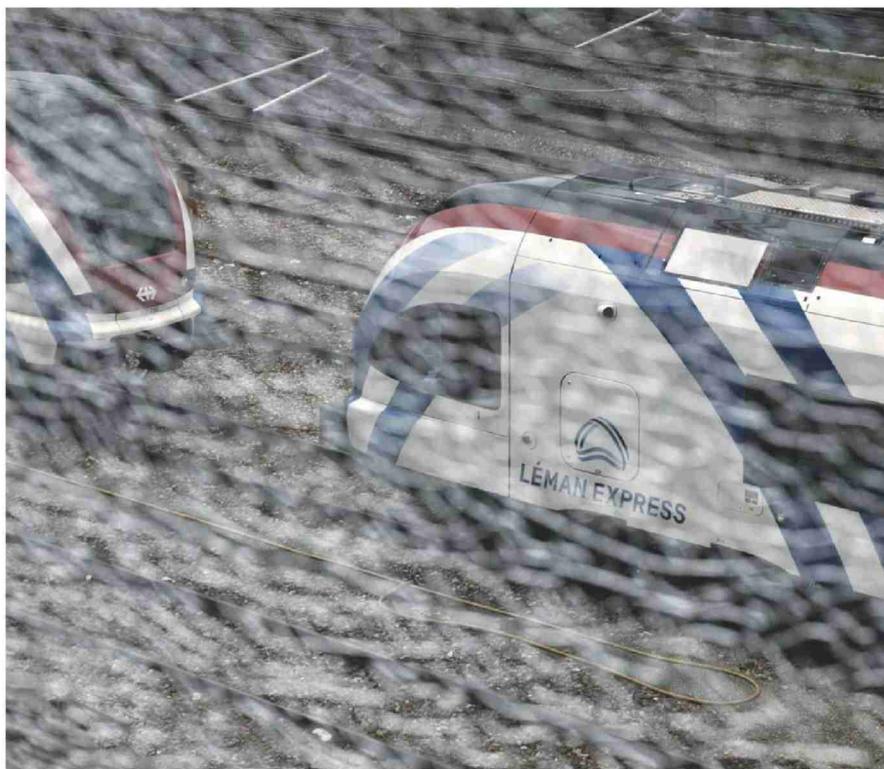
Von diesem Ziel sind Schweizer Pensionskassen weit entfernt, weil sie unter anderem in Unternehmen investiert sind, welche für die Abholzung von tropischen Wäldern verantwortlich sind. Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung von Greenpeace Schweiz. Demnach haben Pensionskassen 60 Milliarden Franken oder rund fünf Prozent der Vorsorgegelder in Aktien solcher Unternehmen angelegt. Hinzu kommen weitere Milliarden, die über Unternehmensanleihen investiert sind. Als kritische Firmen hat Greenpeace Rohstoffhändler, Fleischverarbeiter und -produzenten so wie Online-Versandhändler identifiziert. Laut der Umweltschutzorganisation werden Tropenwälder weltweit für die Rinderzucht, für Holz und Papier, für Eisenerz, Gold, Öl und Gas gerodet.

Verantwortung als Investor

Die Kassen täten «fast nichts» gegen die Regenwaldabholzung, kritisieren die

Umweltschützer. «Die Pensionskassen müssen ihre Verantwortung als Investoren wahrnehmen und Unternehmen dazu drängen, dass sie im Rahmen der planetaren Grenzen handeln», sagt Peter Haberstich, Experte für Klima und Finanzwirtschaft bei Greenpeace Schweiz. Er fordert zudem, dass Pensionskassen bis Ende Jahr Transparenz über ihre Nachhaltigkeit schaffen und bis Mitte 2023 eine Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen.

Gegen diese Kritik wehrt sich der Pensionskassenverband Asip: Die Kassen seien sich ihrer ethischen, ökologischen und sozialen Verantwortung durchaus bewusst, sagt Hanspeter Konrad, Asip-Direktor. «Immer mehr Kassen berücksichtigen heute aus Eigeninitiative Umwelt-, Sozial- und Corporate Governance-Aspekte.» Das liege letztlich auch im langfristigen Interesse der Versicherten. Vergangenen Juli hat der Verband eine Nachhaltigkeits-Wegleitung für Schweizer PK veröffentlicht. «Wir gehen deshalb davon aus, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die betreffenden Pensionskassen das von Greenpeace angesprochene Problem von selbst und aus eigenem Antrieb gelöst haben», sagt Konrad.



Die SBB fährt mit Tempo in Richtung Klimaverträglichkeit. Bild: Keystone-SDA